

Emissionshandel: Warum die Privatisierung von Luft unser Klima nicht rettet

"Carbon trading is being promoted as the only solution to the climate crisis, pushing aside alternative approaches... and it's proving to be a farce.?" Kevin Smith, Carbon Trade Watch

"The system can be gamed; that's why financial types like me like it - because there are financial opportunities." George Soros

"In an atmosphere of privatization, they privatised the atmosphere." Durban-Erklärung afrikanischer NGOs

Die Klimakrise ist die Folge unseres derzeitigen neoliberalen Produktions-, Handels-, und Konsummodells. Marktbasierter "Lösungen" wie der Emissionshandel werden daher unser Klima nicht retten. Der von den Regierungen forcierte Emissionshandel führt zu unanschätzbaren Risiken auf den Finanzmärkten, privatisiert das globale Gemeingut Luft und behindert den dringend nötigen Umbau hin zu einem nachhaltigen und klimafreundlichen Wirtschaftssystem.

- Emissionshandel führt zu keiner Reduktion der Treibhausgase

Sowohl der europäische Emissionshandel als auch der Clean Development Mechanism (CDM) des Kyoto Protokolls haben zu einem Anstieg der Emissionen geführt.

Im EU-Emissionshandel wurden von Anfang an viel zu viele Verschmutzungsrechte ausgegeben. Laut UNO müssen die CO₂-Emissionen jährlich um 3 Prozent zurückgehen. Doch die Zuteilungen wurden so berechnet, dass zwischen 2008 und 2012 der CO₂-Ausstoß um insgesamt nur 6 Prozent zurückgeht - gemessen am Stand von 2005. Industriezweige haben für die Jahre 2008 bis 2012 Zertifikate für 400 Millionen Tonnen CO₂ übrig - nicht zuletzt wegen der gedrosselten Produktion durch die Wirtschaftskrise. Die nicht verbrauchten Zertifikate können sie entweder weiterverkaufen oder für die nächste Phase des Emissionshandels aufheben. Beides führt dazu, dass der Preis verfällt und kein Anreiz geschaffen wird, in CO₂-arme Herstellungsmethoden zu investieren. Auch in Entwicklungsländern hat der CDM nicht zu "sauberer Entwicklung" geführt. Im Gegenteil: Profite aus dem Emissionshandel werden in klimaverschmutzende Industrien in den ärmsten Ländern reinvestiert.

- Profit statt Klimaschutz

Der Handel mit Emissionszertifikaten bringt daher den Klimaschutz nicht voran, sondern wird selbst zum Geschäft. Fallbeispiele belegen, dass Emissionshandel weder zu nachhaltigen noch zu sozial gerechten Lösungen führt. Die Gewinner des Systems sind Industriestaaten und große Konzerne. So ist es profitabler für Energieunternehmen alte Kohlekraftwerke durch neue zu ersetzen als auf erneuerbare Energien umzusteigen.

- Die nächste Finanzblase droht

Durch den Handel von Emissionszertifikaten droht eine neue Subprime-Blase auf den Finanzmärkten - denn der Großteil wird nicht von Industrien, sondern von Banken und Investoren gehandelt. Diese verpacken die Zertifikate in komplizierte Finanzderivate und spekulieren damit. Dadurch entsteht das Risiko eines "subprime carbon markets" - mit unabsehbaren Folgen für die globale Wirtschaft und den Klimaschutz.

- Emissionshandel privatisiert Luft

Emissionshandel erlaubt es Konzernen auf Kosten von Individuen und der Allgemeinheit Rechte an der Verschmutzung des globalen Gemeingutes Luft zu kaufen. Bereits in der Vergangenheit wurden globale Güter aufgrund von Profitinteressen und dem blinden Glauben an den freien Markt privatisiert - mit katastrophalen

Auswirkungen in den Bereichen Wasser, Gesundheitsversorgung oder Bildung. Die globalen Gemeingüter sind zu wichtig um sie dem freien Markt zu opfern.

- Aber ist Emissionshandel nicht besser als nichts?

Nein. Emissionshandel verhindert echte Alternativen für den dringend notwendigen Umbau unseres Wirtschaftssystems und führt zu mehr CO₂-Ausstoß.

Die Klimakrise kann im bestehenden System nicht gelöst werden

Um die aktuellen globalen systembedingten Krisen zu überwinden, bedarf es einer neuen Wirtschaftsordnung, welche die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse und die Umsetzung aller sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rechte ins Zentrum stellt.

Das europäische Attac-Netzwerk fordert daher:

- Alternativen zum Wachstumsmodell

Wirtschaftswachstum ohne erhöhten Ressourcenverbrauch ist eine Illusion. Das Bruttosozialprodukt ist kein geeigneter Indikator um sozialen Fortschritt und ein gutes Leben abzubilden. Nur durch ein Ende des "Zwangs" zum Wirtschaftswachstum kann der Widerspruch zwischen Bedürfnisbefriedigung und nachhaltigem Wirtschaften überwunden werden.

- Alternativen zum Energiesystem

Klimapolitik ist nur erfolgversprechend, wenn sie am Anfang der Energiekette, bei der Förderung fossiler Brennstoffe ansetzt. Neue Kohlekraftwerke oder neue Formen der Ölförderung sind ein Hauptproblem im Kampf gegen den Klimawandel. Daher: Das Erdöl muss im Boden bleiben. Erneuerbare Energieformen müssen dezentral und mit Einbindung der lokalen Bevölkerung entwickelt und ausgebaut werden. Forschungen auf diesem Gebiet dürfen nicht von privaten Profitinteressen (Agrartreibstoffe, Atomenergie) dominiert, sondern müssen öffentlich finanziert werden.

- Alternativen im globalen Agrar- und Lebensmittelsystem

Das agroindustrielle Modell ist einer der Hauptverursacher für den Anstieg der Treibhausgase. Es beruht auf einem Produktionsmodell des höchstmöglichen Profits bei geringstmöglichen Kosten. Düngemiteleinsetz, Bodenerosion und die Reduktion der Biodiversität gehen mit Hunger, sozialen Krisen und Umweltzerstörung einher. Attac fordert daher eine Kehrtwende der Agrarpolitik weg von der Förderung industrialisierter und erdölabhängiger Massenproduktion hin zu ökologisch-nachhaltigen und standortsspezifischen Produktionsmethoden und Ernährungssouveränität.

- Alternativen zum globalen Handelsregime

Das derzeit von Industrienationen vorangetriebene Wirtschaftsmodell fördert ein exportorientiertes Produktions- und Konsummodell, welches einigen wenigen Konzernen hohe Profite ermöglicht. Dieses System basiert auf der Ausbeutung von Rohstoffen und Ressourcen im Süden durch die Länder des Nordens. Die Ausweitung des globalen Handels hat zu einem enormen Ansteigen der Treibhausgase geführt. Attac fordert daher, dass das neoliberale Handelsregime abgeschafft und durch ein alternatives multilaterales Handelsregime ersetzt wird. Dieses muss auf den Prinzipien Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Mitbestimmung aufbauen.